

11 Juni 2002

# europarot

Infoblatt der  
Delegation der PDS  
in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament



## Israelisch-palästinensische Utopien



Ca. 100.000 Menschen haben am 11. Mai 2002 auf dem Rabinplatz in Tel Aviv für Frieden demonstriert. Mehrere Gruppen forderten den Rückzug israelischer Truppen aus dem Westjordanland.

Von **André Brie, MdEP**

Im Ostjerusalem Hotel „American Colony“, das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bevorzugte Unterkunft für amerikanische Besucherinnen und Besucher des damaligen britischen Mandatsgebiets Palästina war, finden sich an den Wänden Presse-Dokumente aus jener Zeit. Eines aus dem Jahr 1938 berichtet über einen jüdischen Sprengstoffanschlag auf einen arabischen Markt mit vielen Toten und Verletzten. Der jüdisch-arabische und der israelisch-palästinensische Konflikt haben alte Wurzeln, darunter in der britischen Kolonialpolitik des Teils und Herrsche. Terrorismus gegen Zivilisten war und ist – wie das Beispiel zeigt – nicht neu und schon gar nicht ein Phänomen, das al-

lein auf palästinensischer Seite zu verzeichnen wäre.

Ein Dreivierteljahrhundert herrschen in der Region zwischen Mittelmeer und Jordantal dieser Terror, Vertreibung, Krieg, Unterdrückung, ein weitverbreiteter gegenseitiger Hass. In den palästinensischen Flüchtlingslagern im Westjordanland, im Gazastreifen, im Libanon oder Syrien wächst die dritte, ja vierte Generation von Flüchtlingen auf, viele von ihnen ohne jede soziale Perspektive. Zehntausende Menschen sind getötet worden, Kriege haben nicht nur die Region verheert, sondern drohten mehrfach die Welt an den Rand einer globalen Katastrophe zu führen.

Antisemitismus und Pogrome, vor allem aber die Vernichtungspolitik des deut-

## Gefühlte Inflation

Es ist schlicht Volksverdummung, wenn das Bundesfinanzministerium von einer „gefühlten Inflation“ spricht, um die offenbar erstmals von Minister Eichel eingestandene Euro-Abzocke sowie die Fehler der Bundesregierung bei der Währungsumstellung zu kaschieren. Tatsache ist, dass die monatlichen Angaben des Statistischen Bundesamtes über die Preisentwicklung im krassen Gegensatz zu den Alltagserfahrungen der Konsumentinnen und Konsumenten im Supermarkt, beim Bäcker, Gärtner oder im gastronomischen Bereich stehen. Deshalb und weil Rot-Grün die Felle davon schwimmen, hackte Bundeskanzler Schröder nach, indem er dazu aufrief, Preistreiber fortan zu boykottieren.

Inakzeptabel wie falsch bleibt das Argument, der Gesetzgeber könne und dürfe nicht in die Preisgestaltung des Marktes eingreifen. Die Wahrheit ist, dass die rot-grüne Bundesregierung gründlich versagt hat, weil sie ihren neoliberalen Glaubensgrundsätzen folgend auf eine „Selbstverpflichtung“ von Wirtschaft und Handel setzte, Verbraucherinnen und Verbraucher nicht zu schröpfen. Diese bezahlen nun die Zeche, während die verantwortlichen Politiker wie üblich ihre Hände in Unschuld waschen. Dass dadurch die Kluft zwischen „Europa“ und seinen Bürgerinnen und Bürgern vorangetrieben wird und die gefährlich zunehmende Europaverdrossenheit ausschließlich nationalistischen Kräften nützt, bleibt völlig außer Betracht.

Erinnert werden muss daran, dass nur die PDS im Vorfeld der Währungsumstellung nachdrücklich die Forderung erhob, ähnlich wie in Frankreich gesetzgeberische Schritte zu unternehmen, um einer zu erwartenden Preistreiberei entgegen zu wirken. Aber Regierung wie CDU/CSU/FDP-Opposition gefielen sich unisono darin, derlei Warnungen in den Wind zu schlagen und als Versuche zu diffamieren, der Euro solle mies gemacht werden. Es scheint, dass die Bundesregierung endlich aufhört, die sogar von der Deutschen Bundesbank eingestandene Euro-verursachte Inflation wie ein Staatsgeheimnis zu behandeln. Ob der von Ministerin Künast für den 31. Mai anberaumte „Anti-Teuro-Gipfel“ die schleichende Geldentwertung stoppen wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Fortsetzung Seite 3

Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP

# Einheitliche Sozialvorschriften für Berufskraftfahrer in der EU eine Utopie?

Von **Helmuth Markov, MdEP,**  
und **Thomas Raeck**

Der Straßenverkehr ist der am schnellsten wachsende Sektor des Güterverkehrs in der Europäischen Union und hat die anderen Verkehrsträger Schiene und Wasser klar in den Hintergrund gedrängt. Alle Prognosen der Experten sagen die Fortsetzung dieses Trends in den nächsten 10 – 15 Jahren voraus, wenn die Politik nicht ernsthaft Maßnahmen zur Steuerung ergreift. Gerade Deutschland mit seiner geographischen Mittellage in Europa wird zur internationalen Drehscheibe des Güterkraftverkehrs zwischen West- und Osteuropa. Mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur EU wird diese Entwicklung einen Qualitätssprung erfahren. Das Handeln der Verkehrspolitik in Deutschland und der EU ist also gefragt.

Wer kennt nicht die Elefantenrennen der LKW und verstopfte Autobahnen insbesondere auf zweispurigen Strecken, schreckliche Unfälle durch Unachtsamkeit, Fehler und Übermüdung von LKW-Fahrern. Gerade wird der Mont-Blanc-Tunnel nach über zweijähriger Sperre und Rekonstruktion der Sicherheitsmaßnahmen wieder in Betrieb genommen, nachdem im Tunnel ein LKW in Brand geraten war und 35 Menschen einen qualvollen Tod fanden.

Vor kurzem wurde ein Skandal in Luxemburg aufgedeckt, wo eine österreichische Speditionsfirma ausschließlich osteuropäische LKW – Fahrer zu Dumpinglöhnen beschäftigte und alle in der EU üblichen sozialen Regelungen und Schutzmaßnahmen mißachtete. Auch der Bustransport kommt immer wieder mit tragischen Unfällen in die Schlagzeilen der Medien.

Die Festlegung einheitlicher europäischer Arbeitszeitregelungen sowie veränderter Sozialvorschriften, insbesondere für Lenk- und Ruhezeiten für Berufskraftfahrer im Bereich der Güter- und Personenbeförderung, war und ist eine vorrangige Aufgabe. Dieses Problem wurde im Europäischen Rat der Verkehrsminister auf Initiative Frankreichs vor 2 Jahren aufgegriffen und durch Minister Gayssot als Regierungsvertreter der KP in der Linksregierung forciert. Die Europäische Kommission legte daraufhin entsprechende Vorschläge vor, wobei inzwischen die Richtlinie über die Arbeitszeiten nach schwierigen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss von Rat und Parlament

verabschiedet wurde. Zum Kommissionsvorschlag einer Verordnung zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften erarbeiten die Autoren dieses Beitrages gegenwärtig die Stellungnahme des Europäischen Parlamentes.

Die Europäische Kommission präsentierte ihre Vorschläge in zwei unterschiedlichen rechtlichen Rahmen. Eine Verordnung tritt nach ihrer Annahme von Rat und Parlament sofort in Kraft, eine Richtlinie muss erst durch die nationalen Parlamente bestätigt werden. Darüber hinaus wurde der Vorschlag über die Verordnung zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr von der Kommission eingebracht, ohne das Ergebnis der Verhandlungen zur Richtlinie über die Arbeitszeiten abzuwarten.

Diese Situation stellte uns vor die Notwendigkeit, die sich widersprechenden Begriffe, Definitionen und Regelungen kompatibel zu machen als auch ein für die Sozialpartner akzeptables Gleichgewicht zwischen den Sozialbedingungen der Beschäftigten, der Straßenverkehrssicherheit und der Chancengleichheit der Unternehmen im Wettbewerb sicherzustellen. Das erweist sich manchmal wie eine Quadratur des Kreises, denn die Fahrer wollen bei langen Fahrten flexibel ihre Fahr- und Ruhezeiten einteilen können und verständlicherweise die Ruhezeiten möglichst zu Hause bei der Familie verbringen. Dem steht jedoch entgegen, dass zu lange Fahrzeiten ohne ausreichend garantierte und wahrgenommene Ruhezeit nicht nur ein Risiko für die Sicherheit im Straßenverkehr darstellen, son-

dern auch gesetzlich verbriefte Rechte zur Arbeitszeit missachten. Hinzu kommt der verdeckte Einsatz von Fahrern aus den mittel- und osteuropäischen Ländern zu den dort landesüblichen Bedingungen, die weit von den angestrebten Standards der Europäischen Union entfernt sind. Natürlich muss auch im Auge behalten werden, dass die Regeln der Union für alle Fahrer gelten, die sich auf ihrem Territorium bewegen, so dass es keine einseitigen Wettbewerbsvorteile bzw. -nachteile für bestimmte Spediteure geben kann.

Kernpunkte unserer Vorschläge sind einheitliche Regelungen für die höchstzulässigen Lenkzeiten je Tag und je Wochenzeitraum sowie tägliche und wöchentliche Mindestruhezeiten der angestellten und selbstständigen Fahrer von Fahrzeugen im Güter- und Personenkraftverkehr, sowohl grenzüberschreitend als auch im Inland, für den Fern- und Nahverkehr, den Werkverkehr, den gewerblichen Verkehr. Dies ist ein Novum in der Geschichte der EU. Besonders heiß werden auch die von uns drastisch gesenkten Ausnahmemöglichkeiten für z. B. Kurierdienste, Taxigewerbe, Schaustellerunternehmen diskutiert, ebenso wie die verstärkte Kontrolle zur Einhaltung der Bestimmungen bzw. der anzuwendenden Sanktionen bei einer festgestellten Verletzung. Letztere Frage berührt zudem die souveränen Rechte der Staaten, Sanktionen auf ihrem Hoheitsgebiet ausschließlich nach ihrem nationalen Recht zu ahnden.

Das Europäische Parlament wird im Juli in erster Lesung über unseren Verordnungsvorschlag entscheiden. ■

## Die Zeit läuft: Öffentlichen Unternehmen droht Ungemach

Die Europäische Kommission will bis Ende Juni 2002 eine Empfehlung verabschieden, die darauf zielt, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) neu zu definieren und den Maßgaben der Europäischen Charta für Kleinunternehmen anzupassen. Neben Korrekturen an den Vorgaben für die Kriterien Beschäftigtenzahl, Jahresumsatz und Jahresbilanzsumme soll auch eine Sperrvorschrift zu Lasten von öffentlichen Unternehmen eingeführt werden. Unternehmen, die zu 25% oder mehr von einer öffentlichen Einrichtung kontrolliert werden, sollen damit künftig nicht mehr als KMU gelten.

Betroffen werden davon alle Einrichtungen der Kommunalwirtschaft sein. Für sie

führt die Novellierung vor allem zu drastischen Einschnitten in der Fördermittelpraxis.

Die Entscheidung über die Neufassung der KMU-Definition liegt ausschließlich bei der Kommission, da Europäischer Rat und Parlament am Erlass von Anwendungsverordnungen für Beihilfevorschriften nicht beteiligt sind. Gegenwärtig läuft dazu bei der Kommission das öffentliche Konsultationsverfahren. Die Einrichtungen der öffentlichen Hand haben daher noch bis Ende Juni die Möglichkeit, ihre Interessen bei der Kommission einzuklagen. Ob dies jedoch die Einführung der geplanten Sperrklausel verhindern kann, ist fraglich.

*Helmuth Markov, MdEP*

Fortsetzung von Seite 1

## Israelisch-palästinensische Utopien

schen Faschismus veranlasste viele Jüdinnen und Juden, nach Palästina einzuwandern. Ihre neue Heimat war jedoch die alte Heimat von Hunderttausenden Araberinnen und Arabern. Mit dem UNO-Beschluss über die Bildung eines jüdischen Staates hätte dieses Dilemma demokratisch gelöst werden müssen. Doch daran war 1948 niemand interessiert. Die Juden nicht, die Araber nicht, die Kolonialmacht schon gar nicht, auch nicht die Organisation der Vereinten Nationen. Von jenem Gebiet, das die UNO den Palästinensern vorbehalten hatte, ist inzwischen nicht mehr allzu viel übrig. Ein Großteil wurde 1948 besetzt, der andere ist seit 1967 okkupiert und von einem strategischen Netz zahlloser jüdischer Siedlungen überzogen. Es gehört zu den großen palästinensischen und arabischen Vorleistungen, dass es im heutigen Konflikt nur noch um den von der UNO seit Jahrzehnten geforderten Rückzug Israels aus dem Gazastreifen, Ostjerusalem und das Westjordanland geht.

Völkerrechtlich oder unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit ist diese

Haltung der arabischen Welt und vor allem der Palästinenser alles andere als selbstverständlich. Aber die meisten Menschen in der Region wissen inzwischen allzu sehr, dass mit der Geschichte dieser Region nach 1945 und ihren tausendfachen Ungerechtigkeiten und Morden sich Gegenwart nicht bewältigen und Zukunft nicht bauen lässt. Ohne die Fähigkeit, viele ihrer Ergebnisse – ungeachtet der Rechtsbrüche vor allem durch Israel und der Wunden, die man sich gegenseitig so blutig geschlagen hat – zu akzeptieren, wird es keinen Frieden geben können. Eines aber ist die Grundbedingung: Israel muss die Okkupation uneingeschränkt beenden. Das bedeutet auch die vollständige Auflösung der jüdischen Siedlungen und die Anerkennung Ostjerusalems als palästinensische Hauptstadt. Über die anderen großen Probleme wird man verhandeln und Kompromisse finden können und müssen: Sicherheit für beide Seiten; Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge; Zugang zu den weltgeschichtlichen religiösen Stätten; Wasser; ökonomische Integration...

Die Beendigung der israelischen Okkupation aller 1967 besetzten Gebiete ist keine Maximalforderung. Sie ist der einzige Schlüssel zur Konfliktlösung. Sie ist im übrigen auch der Schlüssel zu israelischer Sicherheit und vielleicht nicht zur Existenz Israels in abstrakter Hinsicht, aber zur Existenz Israels als demokratischer Staat. Die Verbrechen der israelischen Armee im palästinensischen Flüchtlingslager Dschenin haben erneut offenbart, dass die Unterdrückung Anderer unweigerlich auch den eigenen demokratischen Anspruch zerstört.

Israel hat ein Recht auf Sicherheit, auch ein Recht auf Sicherheit vor Terrorismus. Die deutsche Linke, die seit ihrem Entstehen oft leidenschaftlich gegen den Antisemitismus gekämpft hat, wird in dieser Hinsicht immer an der Seite Israels sein. Aber die demokratische Existenz und Sicherheit Israels ist auch ein Grund mehr, solidarisch zu sein mit dem palästinensischen Volk und einzutreten für ein unabhängiges gleichberechtigtes Palästina. Diese Lösung mag zur Zeit eine Utopie sein. Utopie – zu deutsch: kein Ort. Aber ohne diese Utopie und ihre Verwirklichung in naher Zukunft wird es keinen Ort geben für ein sicheres und menschliches Leben im Nahen Osten, auch nicht für das militärisch übermächtige Israel. ■

## Dschenin, ein Ort des Grauens

Am 23. und 24. April 2002 bin ich gemeinsam mit einer Delegation des Europäischen Parlaments, die sich aus 19 Abgeordneten aus 10 verschiedenen Ländern und 6 politischen Fraktionen zusammensetzte, in den Nahen Osten gereist. Begleitet wurde die Delegation auch von der Parteivorsitzenden der PDS, Gabi Zimmer.

In Tel Aviv haben wir den spanischen Botschafter und den Chef der EU-Kommission in Israel getroffen. In Jerusalem haben wir Gespräche mit der Vizepräsidentin der Knesset Frau Naomi Chazan, Frauen-, Menschenrechtsorganisationen und Friedensaktivisten geführt. Wir haben den Sprecher des palästinensischen Legislativrates Herrn Abu Ala und den Vertreter der EU-Kommission in Ost-Jerusalem, West Bank und Gaza kennen gelernt.

Als erste europäische Delegation sind wir in das Flüchtlingslager Dschenin gekommen. Obwohl sich die israelische Armee aus dem Flüchtlingslager zurückgezogen hat, ist es nach wie vor umzingelt von israelischen Panzern und Militär. Militärs haben uns auf der Fahrt von Jerusa-

lem nach Dschenin mehrere Male für einige Stunden aufgehalten. Sicher sollte das dazu dienen, die für den Besuch im Lager vorgesehene Zeit zu verkürzen.

Was wir dort vorfanden, ist schockierend. Die Situation in Dschenin ist katastrophal. Es ist sehr schwer, Worte zu finden über das, was ich gesehen habe, denn eine solche Unmenschlichkeit kann man sich gar nicht vorstellen. Dschenin wurde von der israelischen Armee am 4. April in Schutt und Asche gelegt; die Häuser sind völlig zerstört, die Stromleitungen wurden mit Bulldozern umgefahren, das Krankenhaus wurde angegriffen, Krankenwagen von der Armee zerstört. Man weiß nicht genau, wie viele Tote unter den Trümmern liegen, aber, dass es Tote gibt, riecht man. Es riecht nach Gas und Verwesung.

Wir sprachen in Dschenin mit der Bevölkerung. Die Menschen leben in ständiger Angst, es gibt kaum Lebensmittel und Wasser. Humanitäre Hilfe und medizinische Versorgung der Verletzten gibt es nicht. Ist dies nicht unmenschlich? Ich appelliere an den israelischen Ministerpräsidenten Sharon, für den vollständigen Zugang der hu-

manitären Hilfe in den besetzten Gebieten zu sorgen. Ich finde es grausam, dass Sharon den Menschen das Grundrecht auf medizinische Versorgung entzieht. Erst an unserem Besuchstag sind die ersten ausländischen Ärzte in Dschenin eingetroffen.

Ich bin in den Nahen Osten gereist, um mir ein authentisches Bild über die Lage machen zu können. Ich bin keine Gegnerin Israels. Wir wollen eine friedliche Lösung erreichen. Die Menschen sollen endlich ohne Angst und in Frieden leben können. Ich kritisiere die Aussage Sharons, wenn er sagt, dass alle diejenigen, die Israel kritisieren, Antisemiten sind. Ich kritisiere die Gewaltanwendung der israelischen Armee und die palästinensischen Selbstmordattentäter. Beide Seiten tragen dazu bei, dass es zu keinem Frieden kommt.

Ich frage mich, ist es ein Kampf gegen Terrorismus, wenn die gesamte Infrastruktur in Palästina zerstört wird? Ist es ein Kampf gegen Terrorismus, wenn Kinder, Frauen, Verwundete und Verletzte beschossen und erschossen werden? Wohl nicht!

*Felcknas Uca, MdEP*



# Weitreichende Initiative des Europäischen Parlaments

**PDS-Delegation fordert: UN-Blauhelme nur nach Kapitel VI der UN-Charta zur Absicherung eines Waffenstillstands und ohne deutsche Beteiligung**

Die am 10. April 2002 vom Europaparlament verabschiedete Resolution zielt in die richtige Richtung. Sie wird von uns nachhaltig begrüßt, denn es gibt keine sinnvolle Alternative zu einer politischen Lösung. Die gegenwärtige kriegerische Antwort der Scharon-Regierung auf die menschenverachtenden terroristischen Anschläge palästinensischer Fanatiker ist nicht länger hinnehmbar. Die militärische Eskalation Israels verletzt, wie in der Resolution ausdrücklich festgestellt wird, das Völkerrecht und die Menschenrechte. Sie ist kein Beitrag zur Beendigung des Terrors, sondern richtet sich gegen die palästinensische Zivilbevölkerung und zerstört die palästinensische Infrastruktur. Nachdrücklich unterstützen wir die vom Europaparlament erhobene Forderung nach sofortiger Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolutionen 1397, 1402 und 1403, insbesondere den sofortigen Abzug der israelischen Armee aus palästinensischen Gebieten sowie die Verurteilung der terroristischen

Selbstmordanschläge gegen Israel. Völlig inakzeptabel ist, Arafat als demokratisch gewählten Präsidenten unter Hausarrest zu stellen. Entschieden begrüßen wir, dass sich das Europaparlament für ein Waffenembargo gegenüber Palästina und Israel ausspricht sowie Rat und EU-Kommission aufruft, die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen Israel und der Europäischen Union in Betracht zu ziehen. Bedeutsam ist ferner, dass das Europaparlament den freien Zugang der Medien in den besetzten Gebieten verlangt und seine volle Unterstützung für israelische, palästinensische und internationale Organisationen ausspricht, die sich aktiv für die Wiederherstellung des Friedens im Nahen Osten engagieren. Die Verurteilung der zahlreichen antisemitischen Anschläge in Europa gegen Synagogen, jüdische Schulen und Friedhöfe durch die EP-Resolution bekräftigen wir uneingeschränkt.

Zu dem in der Resolution des Europaparlaments erwogenen Einsatz von UN-

Truppen stellen wir fest, dass er nur auf Grundlage von Kapitel VI der UNO-Charta und im Sinne der Friedensbewahrung nach Herstellung eines Waffenstillstands und mit Zustimmung beider Konfliktparteien erfolgen kann. Eine Beteiligung der Bundeswehr an einem derartigen Blauhelm-Einsatz kommt für uns allerdings nicht in Frage. Allein die deutsche Geschichte verbietet ihn. Einen Kampfeinsatz von UN-Truppen nach Kapitel VII zur militärischen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, wie er offenbar vom außenpolitischen EU-Beauftragten Solana im Plenum des Europaparlaments sowie von Bundeskanzler Schröder auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Hannover ins Auge gefasst wurde, lehnen wir ebenfalls strikt ab. Derartige Vorstellungen sind abenteuerlich und würden den Nahen Osten vollends in die Katastrophe stürzen.

*Sylvia-Yvonne Kaufmann  
im Namen der PDS-Gruppe im EP*

**DOKUMENTIERT**

## Entschließung des Europäischen Parlaments zum Nahen Osten vom 10. April 2002

**Das Europäische Parlament, unter Hinweis auf seine an den Rat gerichtete Empfehlung vom 13. Dezember 2001 zu der Krise im Nahen Osten und der Rolle der Europäischen Union in der Region, seine Entschließung vom 7. Februar 2002 zum Nahen Osten und seine Entschließung vom 20. März 2002 zum Europäischen Rat vom 15./16. März 2002 in Barcelona,**

A. zutiefst bestürzt über die sich zuspitzende menschliche Tragödie, die das israelische und das palästinensische Volk erleben,

B. in der Überzeugung, dass nur eine Rückkehr an den Verhandlungstisch wieder die Chance bieten wird, dass zwei Staaten, Israel und Palästina, in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander in Frieden und Sicherheit existieren,

C. tief besorgt über die Zusammenstöße an der Grenze zum Libanon, die auf die gesamte Region übergreifen könnten,

D. in der Erwägung, dass eine Fortsetzung des Nahost-Konflikts eine Quelle fortwährender Spannungen in den arabischen Ländern darstellt und zu einer Verschärfung

der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage führt,

1. unterstützt die Resolutionen 1397, 1402 und 1403 des UN-Sicherheitsrates, in denen der Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den palästinensischen Gebieten einschließlich Ramallahs gefordert wird, und fordert ihre uneingeschränkte und unverzügliche Umsetzung sowie die Einstellung aller Gewalt;

2. verurteilt mit Nachdruck alle von palästinensischen Extremisten gegen Israel begangenen wahllosen Terroranschläge durch Selbstmordattentate; fordert die Palästinensische Behörde auf, größere Anstrengungen zur Verhütung terroristischer Akte zu unternehmen;

3. verurteilt die militärische Eskalation durch die Regierung Scharon, die im Widerspruch zum internationalen und humanitären Recht steht und keine wirksame Lösung gegen die Terroranschläge bedeutet; verurteilt die Unterdrückung der palästinensischen Zivilbevölkerung durch die israelische Armee und die systematische Zerstörung von Infrastrukturen im Westjordanland;

4. weist die israelische Regierung nachdrücklich darauf hin, dass Yassir Arafat, dem demokratisch gewählten Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Bewegungsfreiheit gewährt werden muss, und hält es für inakzeptabel, ihn de facto unter Hausarrest zu stellen;

5. verurteilt die Weigerung von Premierminister Scharon, ein Treffen der hochrangigen EU-Delegation mit Präsident Arafat zuzulassen, und ist der Ansicht, dass die israelische Regierung die ehrlichen europäischen Anstrengungen, eine Lösung der Krise, einschließlich des Terrorismus-Problems, herbeizuführen, nutzen sollte; ist der Ansicht, dass die beleidigende Behandlung der EU-Delegation einen Wendepunkt in den Beziehungen Israels zu Europa darstellt;

6. betont die Bedeutung des Treffens in Madrid zwischen Vertretern der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten, Russlands und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, um die gegenwärtige Lage zu erörtern, und begrüßt die Initiative des Ratsvorsitzes; fordert, dass die Entsendung einer internationalen Interpositions- und Beob-

achtertruppe in die Region unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen erwogen wird; fordert die Mitgliedstaaten auf, unverzüglich ihren Beitrag zu dieser Truppe vorzubereiten;

7. fordert den Rat auf, ein Waffenembargo gegen Israel und Palästina zu verhängen;

8. fordert die Kommission und den Rat auf, unverzüglich den Assoziationsrat EU-Israel einzuberufen, um der israelischen Regierung seinen Standpunkt darzulegen und sie aufzufordern, den jüngsten UN-Resolutionen Folge zu leisten und positiv auf die derzeit von der Europäischen Union unternommenen Bemühungen, eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen, zu reagieren; fordert die Kommission und den Rat in diesem Sinne auf, das Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen zwischen der EU und Israel auszusetzen;

9. unterstreicht die besondere Verantwortung der USA in dieser Krise, vor allem aufgrund ihres Einflusses auf die israelische Politik, und unterstützt den Beschluss, eine hochrangige US-Delegation in die Region zu entsenden, um die Gespräche zwischen beiden Parteien wieder in Gang zu bringen und der Gewalt ein Ende zu setzen;

10. begrüßt die Tatsache, dass die Arabische Liga den saudi-arabischen Vorschlag unterstützt, der eine Diskussionsgrundlage für ein dauerhaftes Friedensabkommen zwischen Israel und Palästina darstellen sollte, und ersucht die israelische Regierung, diesen Wendepunkt in der Haltung der arabischen Staaten zu dem Konflikt anzuerkennen;

11. verurteilt mit Nachdruck die jüngsten antisemitischen Vorfälle in Europa, z.B. gegen jüdische Synagogen, Schulen und Friedhöfe;

12. bekundet seine uneingeschränkte Unterstützung für die Israelis, Palästinenser und internationalen Organisationen, die auf allen möglichen Ebenen für den Frieden arbeiten, einschließlich der israelischen Reservisten, die sich weigern, in den besetzten Gebieten Militärdienst zu leisten, und bekundet insbesondere seine Sympathie und seine Unterstützung für die israelisch-palästinensischen Friedenskoalitionen;

13. fordert Israel auf, den freien Zugang der Medien zu den besetzten Gebieten zu garantieren und es den diplomatischen Stellen und Konsularbehörden der Europäischen Union zu erlauben, mit den EU-Bürgern in der Region Kontakt aufzunehmen;

14. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, der Regierung und dem Parlament Israels, dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde und dem Palästinensischen Legislativrat, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Präsidenten und dem Kongress der Vereinigten Staaten sowie dem Generalsekretär der Arabischen Liga zu übermitteln.

## Einsatz von Kindersoldaten unterbinden

### Nielson: Kinder sind eine wichtige Zielgruppe für die Außenhilfe der Gemeinschaft

Das Zusatzprotokoll zum Einsatz von Kindersoldaten ist vor kurzem in Kraft getreten. Damit wird der Einsatz von Minderjährigen bei Kampfhandlungen untersagt. Zur Zeit kämpfen nach Schätzungen der Vereinten Nationen mehr als 300.000 Kindersoldaten vor allem in Krisengebieten in Afrika und Asien. Bisher haben 96 Staaten das Abkommen unterzeichnet, aber nur 14 haben es ratifiziert. Dies war für Feleknas Uca, Mitglied der Fraktion GUE/NGL des Europäischen Parlaments, Anlass danach zu fragen, was die Europäische Kommission unternimmt, um den Einsatz von Kindersoldaten zu unterbinden und ob und wenn ja welche Projekte die Kommission im letzten Jahr finanziert hat, damit Kinder nicht mehr in den Krieg ziehen müssen? Namens der Kommission antwortete Herr Nielson am 2. Mai 2002 darauf u. a. wie folgt:

Die Kommission teilt die Besorgnis der Frau Abgeordneten und bekämpft engagiert den weit verbreiteten Einsatz von Kindersoldaten, den sie als unannehmbaren Missstand betrachtet. So wurde das Protokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes und die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten massiv unterstützt, das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 25. Mai 2000 verabschiedet wurde.

Hilfe und Schutzmaßnahmen für in bewaffnete Konflikte verwickelte Kinder werden über zahlreiche Kommissionsprogramme abgewickelt, darunter die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte. Die Förderung der Kinderrechte war eine der Prioritäten bei der Finanzierung für 2001 und wird in die Finanzierung für den Zeitraum 2002-2004 einbezogen.

Nach Auffassung der Kommission sollte die Hilfe und der Schutz bedürftiger Kinder im größeren Zusammenhang der Beseitigung der Armut und damit im Rahmen der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft betrachtet werden. Kinder sind eine wichtige Zielgruppe für die Außenhilfe der Gemeinschaft, insbesondere in sektorspezifischen Politikbereichen wie Bildung und Gesundheit.

Darüber hinaus hat die Kommission dem Thema Kinder in der humanitären Hilfe einen politikfeldübergreifenden Vorrang eingeräumt. Dieses Engagement spiegelt sich in konkreten Projekten wider, in In-

formationsarbeit innerhalb der Union und in Forschungsarbeiten, die auf die Verbesserung der internationalen humanitären Maßnahmen abzielen.

Die Kommission tritt entschieden für eine handlungsorientierte Agenda ein und misst der Frage der Kindersoldaten besondere Aufmerksamkeit bei, insbesondere dem Versuch, die besten Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Wiedereingliederung festzulegen und umzusetzen.

Auf diesem Gebiet widmet sich das Amt für humanitäre Hilfe (ECHO) besonders dem Schutz und der Unterstützung von Kindern. Gestützt auf die Normen, Verpflichtungen und Prinzipien, die im Übereinkommen über die Rechte des Kindes im Einzelnen genannt sind, wurden im Jahr 2001 gezielte Projekte humanitärer Hilfe für konfliktbetroffene Kinder gefördert. In den Jahren 2000 und 2001 gab ECHO über 40 Mio. EUR aus, um Kindern weltweit zu helfen. Das geschah beispielsweise durch psychosoziale Unterstützung für Kindersoldaten (Sierra Leone, Sudan, Kosovo, Mazedonien, Westjordanland, Gaza-Streifen und Libanon), die Finanzierung von Schulen in Notlagern für Vertriebene (Westtimor, Demokratische Republik Kongo, Sudan, Sierra Leone, Kosovo, Mazedonien, Montenegro) und Gesundheitsversorgungsprogramme für kriegsgeschädigte Kinder (Sudan).

Auf politischer Ebene finanzierte ECHO Forschungsarbeiten (wie das Projekt „Save the Children“, das einen Leitfaden für Menschen, die mit Kindersoldaten arbeiten, formulieren und sich dabei auf die Erfahrung der Gemeinschaft der Helfer stützen soll, sowie ein Projekt des belgischen Roten Kreuzes, in dessen Rahmen dauerhafte, stabile Strategien für institutionelle und operationelle Maßnahmen erarbeitet werden sollen). Im Jahr 2002 plant ECHO zusammen mit Unicef die Verfügbarkeit von Daten über von bewaffneten Konflikten betroffene Kinder zu verbessern. Zum Zwecke der Informationspolitik stellte ECHO Broschüren her, finanzierte Fotoausstellungen und veranstaltete zusammen mit VOICE und Save the Children im Oktober 2001 in Brüssel die Konferenz über den Missstand der Kindersoldaten.

*Die vollständige Antwort ist unter [www.pds-europa.de](http://www.pds-europa.de) abrufbar.*



**Von Hans Modrow, MdEP,  
Ministerpräsident a. D.**

Laut biblischer Überlieferung soll Pfingsten eine Taube auf die Erde nieder kommen, als Zeichen für Frieden, Weisheit und Eintracht unter den Menschen. Es war indessen keine Taube, sondern ein Falke, der vom Dach der Nürnberger Frankenhalle auf die rund 20.000 Frauen und Männer, viele in malerischen Trachten, nieder stieß. Der bayerische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Edmund Stoiber, nutzte das 53. Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaften zu einem der bisher schärfsten Angriffe auf einen der Grundpfeiler der europäischen Nachkriegsordnung, indem er offen und provokant Entscheidungen der alliierten Siegermächte in Frage stellte. Als Kanzler, kündigte er an, werde er sich der Anliegen der Sudetendeutschen auf Rückkehr, Eigentum oder Wiedergutmachung annehmen.

Stoibers Ausfälle gegenüber Tschechien lassen sich nicht einfach als Wahlkampfgetöse und Stimmenfang abtun, dafür ist die Sache zu ernst.

Anlass waren die sogenannten Benes-Dekrete, benannt nach dem damaligen bürgerlichen tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Benes. Die Dekrete wurden von der Londoner Exilregierung in der Zeit der Besetzung des Landes durch Nazi-Deutschland und im ersten Jahr nach der Befreiung von der faschistischen Barbarei herausgegeben. Sie regelten sowohl die

## Erpresserische Forderung nach Annullierung der Benes-Dekrete

**Stoiber rollte Stolpersteine in Tschechiens Weg in die EU**

Führung des Widerstandes gegen die Okkupation an der Seite der Verbündeten als auch die Wiederherstellung des tschechoslowakischen Staates und sind somit integraler Teil der tschechoslowakischen Rechtsordnung und ein Element der europäischen Nachkriegsarchitektur, wie sie von den Alliierten in Jalta entworfen und in Potsdam besiegelt worden war.

Wenn deutsche Politiker – wie Stoiber in Nürnberg – oder CDU/CSU-Abgeordnete im Europäischen Parlament behaupten, die Aussiedlung von rund drei Millionen „Sudetendeutschen“ erfolgte auf Grundlage der Dekrete, so ist das eine bewusste Lüge. Tatsache ist, dass die Umsiedlung in den Potsdamer Beschlüssen (Art. XIII) entschieden wurde, auf denen die Dekrete fußten. Diese Rechtslage ist auch mehrfach durch die USA als einen der Signatarstaaten von Potsdam klar gestellt worden. Bei seinem jüngsten Besuch in Washington hätte Stoiber diesbezüglich Nachhilfeunterricht nehmen können.

Niemand stellt in Abrede, dass mit der Umsiedlung Not, Leid und auch Unrecht verbunden waren, dennoch und gerade deswegen darf man Ursache und Wirkung nicht vertauschen: Der Boden durch die drakonischen Maßnahmen, die bedauerlicherweise auch Unschuldige trafen, ist durch die Genozidpläne und Taten der Nazis bereitet worden. Die Namen Theresienstadt – heute Terezin – und Lidice stehen für die Absicht der Faschisten und ihrer Helfershelfer, die Tschechen als Nation innerhalb von 30 Jahren zu liquidieren.

Sowohl unter dem völkerrechtlichen Aspekt als auch unter dem geschichtlichen und moralischen Gesichtspunkt scheint die Sache klar zu sein. Die unter konkreten Bedingungen und Zwängen erlassenen Dekrete und Gesetze haben keine aktuelle Bedeutung mehr, sie sind laut Urteil des tschechoslowakischen Verfassungsgerichts erloschen und entfallen für heute und für die Zukunft keine Rechtskraft. Auf dieser Basis verständigten sich die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechische Republik 1997 auf eine „Versöhnungserklärung“, in der beide Seiten die Nichtigkeit der gegenseitigen Ansprüche anerkennen. Diese Erklärung entspricht dem Geist des 2-plus-4-Vertrages, der die BRD verpflichtet, internationale Verträge der DDR zu achten, die nie Ansprüche an die CSR gestellt hat.

Bis vor kurzem hatte man den Eindruck, dass sich die deutsche Regierung an das Versprechen hält, doch es mehren sich die Zeichen dafür, dass die Schröder/Fischer-Mannschaft dem revanchistischen Druck nachgibt. Nachdem der Kanzler unter fadenscheinigen Gründen im Frühjahr seinen Besuch in Prag absagte, hat auf dem Vertriebenentag in Nürnberg sein Innenminister Schily die Aufhebung der Benes-Dekrete gefordert, wenngleich er (noch) Reparationsansprüche ausschloss.

Damit befindet sich Schily auf einer Wellenlänge mit Stoiber und jenen konservativen Abgeordneten aus Deutschland und Österreich im Europäischen Parlament, die mit Hinweis auf die Dekrete die EU-Tauglichkeit Tschechiens in Frage stellen. Obgleich von Seiten der Europäischen Kommission und ausdrücklich vom zuständigen Kommissar Verheugen immer wieder betont wird, dass die Dekrete kein Gegenstand der Beitrittsverhandlungen sind und auch keine Hürde für die Aufnahme des Landes in die Union darstellen, nimmt der Druck zu. Auf die Erpressungsversuche – anders kann man es nicht bezeichnen – reagieren maßgebliche Prager Politiker in unbedachter Weise, während die Zustimmung im Lande zum EU-Beitritt stetig sinkt. Viele Tschechen fürchten – das Beispiel der ehemaligen DDR vor Augen – nicht zu Unrecht, Opfer von massenhaften Reparationsforderungen zu werden. Denn darum geht es im Kern: Wenn die Dekrete aufgehoben und die Nationalisierung von Eigentum zu Unrecht erklärt werden, wird der Forderung nach Rückgabe und/oder Entschädigung Tür und Tor geöffnet, eine neue Art der Vertreibung wäre die Folge. Tschechien müsste für seinen Beitritt zur EU doppelt bezahlen, einmal durch die Vorleistungen, die es bisher schon erbracht hat, zum anderen durch Eigentumsrückübertragungen großen Stils.

Mit den jüngsten Angriffen, die man nicht einfach als Wahlkampfgetöse abtun kann, werden nicht nur die deutsch-tschechischen Beziehungen vergiftet, sondern Sprengsätze am Fundament der europäischen Nachkriegsordnung angebracht. Gegen diesen Kurs des verkappten Revanchismus ist entschiedener Widerstand von links auf allen Ebenen angesagt.

*Der Autor ist Mitglied der Verhandlungsdelegation des EP für den EU-Beitritt Tschechiens*





Mit mehr als 28.000 Mitgliedern ist die Sozialistische Partei (SP) heute die viertgrößte Parteiorganisation in den Niederlanden, und die einzige, die nicht nur Wahlverein ist. Mitregierender Koalitionspartner ist sie seit März 2002 auch in zwei Städten mit über 100.000 Einwohnern an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen, in Nijmegen und Heerlen. Trotz dieser Positionen hat sie dennoch kaum Vergangenheit und Tradition. Auf der nationalen Ebene ist sie erst seit acht Jahren parlamentarisch tätig, nachdem die zwei alten Linksparteien CPN und PSP zum Schluss gekommen waren, dass eine anti-kapitalistische Partei im 21. Jahrhundert leider nicht mehr existenzfähig sei. Mittels einer Profilierung als 'Gegen-Partei' hat sich die SP heute eine Position erworben, die rötter und grüner ist als die von Sozialdemokraten und Grünen. Als Partei der Solidarität und der gleichen Würde aller Menschen steht der Kampf gegen Steuersenkungen, Privatisierungen und Einsparungen bei der Daseinsvorsorge im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Die SP lehnt die Beteiligung an der NATO und militärische Interventionen im Ausland ab. Sie schlägt die Umwandlung der Monarchie in eine Republik vor. Mit diesen Themen wird sie für ein wachsendes Publikum interessant. Angefangen hat sie mit nur zwei Abgeordneten bei den Parlamentswahlen 1994, vier Jahre später erhielt sie fünf Mandate. Bei den Parlamentswahlen am 15. Mai 2002 erreichte sie 5,9% und damit neun Mandate. Dabei konnte sie sogar die bisherige linksliberale Regierungspartei der Demokraten hinter sich lassen.

Die SP existiert seit 1972. Gegründet wurde sie als eine kleine außerparlamentarische Aufbau-Organisation von Arbeitern, Studenten und ehemaligen Dissidenten der zwei alten Linksparteien. Diese Rolle spielte sie besonders im katholischen Teil des Landes, südlich der Flüsse Rhein und Maas. Eine Art von Bayern, wo die Rechte vorherrschte und Parteien links der Sozialdemokratie kaum existenzfähig waren. Die SP war damals inspiriert von der Theorie und der Praxis der chinesischen Kommunisten. Sie entwickelte sich aber bald zu einer unabhängigen Bewegung gegen Unternehmerrmacht, Umweltverschmutzung und Behördenwillkür. Sie ist eine aktive Bewegung, die seit 1974 in im-

mer mehr Gemeinderäten vertreten ist und seit 1987 auch im Rat der südlichen Provinz Brabant. Der heutige Parteiführer Jan Marijnissen (49) hat seit Anfang der siebziger Jahre seinen Wohnort Oss zu einer Hochburg der Partei umgestaltet, wo die SP mittlerweile mit 13 Gemeinderatsmitgliedern die größte Fraktion stellt. Er profiliert sich als ehemaliger Industriearbeiter, ist aber auch durch seine Bücher und Fernsehauftritte bekannt. Aufgrund des isolierten und regionalen Ursprungs außerhalb einer Weltbewegung hat die SP keine Verbundenheit mit der Vergangenheit der UdSSR und anderer sich sozialistisch nennender Staaten. Auch andere Traditionen wie Kampflieder, Rote Fahnen und den Ersten Mai kennt sie kaum.

Auch schon vorher gab es in den Niederlanden politische Kräfte links von der Sozialdemokratie: Die kommunistische Partei CPN, gegründet bereits 1909 und die linkssozialistische PSP (Pazifistisch Sozialistische Partei). Zusammen haben CPN und PSP bei Nationalwahlen jedoch selten mehr als 6 % erreicht. In den achtziger Jahre verloren sie viele Wähler und Mitglieder an die damals oppositionelle und sich radikalisierende Sozialdemokratische Partei der Arbeit (PvdA). Die CPN verlor ihren letzten Abgeordneten 1986. Die PSP war nach diesem Jahr nur noch mit einem Sitz im Parlament vertreten. Diese Enttäuschung hat die beiden Parteien endgültig demoralisiert und vernichtet.

1991 entschied sich eine Mehrheit der verbliebenen Mitglieder von PSP, CPN und von zwei kleinen linkschristlichen Parteien der neugründeten Partei Grün-Links beizutreten, insbesondere weil damals die Grünen im Nachbarland Deutschland sehr erfolgreich waren. Mehrheitlich waren sie der Meinung, dass Sozialismus und Klassenkampf keine Zukunft mehr hätten in einem Zeitalter, in dem es keine Sowjet-Union mehr gibt und die Arbeiter über Auto und eigenes Haus verfügen. Zur Priorität wurde deshalb die Umgestaltung der Partei Grün Links zu einem linksliberalen und regierungsfähigen Wahlverein, der

nicht nur mit Sozialdemokraten sondern auch mit Rechts koalieren könne. Linke Minderheiten waren empört und haben diese Partei innerhalb weniger Jahre verlassen, wodurch sie bald zurückfiel von mehr als 18.000 auf nur noch 11.000 Mitglieder. Aber keine der zersplitterten Gruppen von ehemaligen PSP- oder CPN-Anhängern war fähig, die aufgegebenen politischen Positionen zu übernehmen. Die Vereinigung der kampfbereiten Linken ist endgültig erst der SP gelungen.

Seitdem die Sozialdemokraten wieder zusammen mit Rechts regierten und mitverantwortlich wurden für den teilweisen Abbau des Versorgungsstaats und der Daseinsvorsorge, gab es immer mehr unzufriedene ehemalige Wähler der PvdA. Die Lücke, die PvdA und Grün Links ließen,



gab der SP seit 1994 die Chance, im ganzen Land die alte Rolle auf der linken Seite der Arbeiterbewegung zu übernehmen. Die Abwendung von Grün-Links vom Sozialismus war für die SP aber niemals Grund für Rache oder

Sektierertum. Grün-Links und SP standen vielmehr acht Jahre lang in einer gemeinsamen Opposition gegenüber der sozialdemokratisch-liberalen Regierungskoalition. Für die Parlamentswahlen 2002 wurde ein technisches aber kein politisches Abkommen zwischen beiden geschlossen. Grün Links hat sich auf eine Regierungsbeteiligung zusammen mit PvdA und CDA vorbereitet. Die SP dagegen auf die Stärkung der Opposition, nun auch mit wachsender Beteiligung von Frauen, jungen Leute und Migrantinnen.

Auf Grund des Strebens nach einer weitgehenden Basisdemokratie lehnt die SP eine hochzentralisierte und bürokratische EU ab, obwohl sie die Zusammenarbeit der Europäischen Völker zur Lösung gemeinsamer Fragen für notwendig hält. Bei den Europawahlen 1999 bekam sie 5,04 %, und damit ihren ersten Vertreter in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke.

*Erik Meijer, Andreas Wehr*

### Abgeordneter der SP

Einziger Europaabgeordneter der Sozialistischen Partei ist **Erik Meijer** (57). Er war von 1968 bis 1991 einer der Führer der ehemaligen Pazifistisch-Sozialistischen Partei und nach der Verschmelzung mit Kommunisten und Christlich-Radikalen bis 1995 nationaler Vize-Präsident von Grün-Links. Er war bereits Kandidat von PSP und CPN bei den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979, die damals zusammen kandidierten, aber an der Sperrklausel scheiterten.

## kurz &amp; bündig

Sozialforum beriet in Gijón

# Strukturpolitik ist mehr als der Einsatz von Fördermitteln

Von **Helmuth Markov, MdEP**

Asturien ist durch die Stahl- und Kohleindustrie geprägt und damit großen Anforderungen an den Strukturwandel unterworfen. Die Probleme sind umfassend und durchdringen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. In Anlehnung an das Weltsozialforum von Porto Alegre hat die Izquierda Unida deshalb das Sozialforum Asturiens organisiert, um in einer möglichst breiten gesellschaftlichen Debatte die weitere Entwicklung der Region Asturien im europäischen Kontext zu diskutieren und gemeinsam Antworten auf drängende aktuelle Fragen zu suchen. Über zwei Monate hinweg finden zahlreiche Veranstaltungen zu Themenkomplexen wie Sozial- und Beschäftigungspolitik, Gesundheitspolitik, wirtschaftliche Entwicklung, Verkehr, kulturelle Vielfalt etc. statt.

Auf der Veranstaltung, an der ich auf Einladung der Izquierda Unida Spaniens teilnahm, ging es um Alternativen in der Strukturpolitik. Gewerkschafter, Unternehmer, Wirtschaftsprofessoren, Stadtplaner und Umweltschützer diskutierten mit

einem breiten und interessierten Publikum mögliche Entwicklungsansätze für die Region. Mich hat beeindruckt, dass es dabei nicht nur um den bestmöglichen Einsatz von EU-Strukturfondsmitteln ging, sondern dass versucht wurde, die Notwendigkeit einer gänzlich neuen Raumordnungs- und Strukturpolitik unter Einbeziehung von Fragen wie Schul- und Universitätsbildung, Qualifizierung der Beschäftigten etc. zu diskutieren. Auch die Medien waren zahlreich vertreten. Sie zeigten besonders Interesse an Fragen wie einer vergemeinschafteten Beschäftigungspolitik, der Tobin-Steuer und dem gesetzlichen Mindesteinkommen.

Die Veranstaltung in Gijón war für mich eine sehr positive Erfahrung, weil sie zeigte, dass Angebote für eine gesellschaftliche Debatte über Zukunftsfragen durchaus von einem breiten Publikum wahrgenommen werden. Mit solchen Veranstaltungen haben die politischen Verantwortlichen die große Chance, sich mit unterschiedlichsten Meinungen auseinanderzusetzen und eine Rückkopplung zu den Bürgerinnen und Bürgern herzustellen. ■

der Arbeitsgesellschaft“ einer eingehenden Kritik. Die Debatte im linksalternativen und konservativen Spektrum über die „Anerkennung unbezahlter Arbeit“ (Hausarbeit, Bürgerarbeit, Eigenarbeit) bewertet der Autor als moralisierend und benennt ihre Schnittstellen zum neoliberalen Abbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaats. Der Beitrag befasst sich ausführlich mit der EU-Strategie für Vollbeschäftigung, die auf dem EU-Gipfel von Lissabon verabschiedet wurde. Sie wird als „Vollbeschäftigung ohne sozialen Gehalt“ charakterisiert. Die Alternative sieht er in einem Umbau der Arbeitsgesellschaft auf einem Pfad nachhaltiger Entwicklung. Das Ziel ist eine „Vollbeschäftigung neuen Typs“, die eine Konzeption von Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik als Verteilungspolitik erfordere. Hierbei bezieht sich der Autor unter anderem positiv auf das Projekt „Arbeit und Ökologie“ der Hans-Böckler-Stiftung, entwickelt allerdings auch darüber hinausgehende Vorschläge zur Gestaltung der Erwerbsarbeit in nachhaltiger Perspektive.

I M P R E S S U M

Europäisches Parlament



Herausgegeben  
von der PDS-Delegation  
in der Konföderalen Fraktion der  
Vereinten Europäischen Linken/  
Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz,  
ASP 09 G 206,  
B-1047 Brüssel,  
Belgien  
<http://www.pds-europa.de>

V.i.S.d.P. Sylvia-Yvonne Kaufmann  
Redaktionsschluss: 24. Mai 2002  
Foto: dpa  
Satz & Gestaltung: Michael Pickardt  
Druck: Druckhaus Schöneweide  
Auflage: 43.000

Seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft gibt es bereits eine heftige Diskussion über die Wechselwirkungen zwischen der nationalen Steuerpolitik der Mitgliedstaaten und dem gemeinsamen europäischen Markt. Die Europäische Kommission und der Rat haben in den 90er Jahren Initiativen eingeleitet, die Steuerrumpfung oder „unlauteren Steuerwettbewerb“ in der EU eindämmen sollen.

Die Studie der Wirtschaftswissenschaftlerin *Margit Schratzenstaller* gibt zunächst einen breiten empirischen Überblick über den existierenden Steuerwettbewerb in der EU bei der Unternehmens- und Zinsbesteuerung. Die Initiativen von Kommission und Rat zur Steuerpolitik werden vorgestellt und bewertet. Anschliessend werden Alternativen europäischer Steuerpolitik entwickelt: Harmonisierungsvorschläge für die Unternehmens- und Zinsbesteuerung sowie Ökosteuern auf Energie. Weiterhin werden eine Europasteuer, eine Tobinsteuer und ein Kerosinsteuer auch unter dem Gesichtspunkt erörtert, neue Finanzierungsquellen für die Europäische Union im Rahmen der Osterweiterung zu erschließen.

Die beiden Studien können bei der PDS-Delegation (Adresse siehe Impressum) angefordert oder als pdf-Datei unter [www.pds-europa.de](http://www.pds-europa.de) aus der Rubrik Materialien heruntergeladen werden.

**Studien  
aktuell**

## Neu erschienen

### Studien der PDS-Delegation in der Fraktion GUE/NGL

■ André Brie:

Eine alternative Agenda für Vollbeschäftigung. Zur Debatte um die Zukunft der Arbeit in Europa und Deutschland

■ Margit Schratzenstaller:

Steuerwettbewerb und Steuerpolitik in der Europäischen Union: Sachstand und Alternativen

Der Essay von *André Brie* (Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Fragen des Europäischen Parlaments) unterzieht die düsteren Prognosen vom „Ende